

PRESSEMITTEILUNG

Datum: 14. Nov. 2011

FREIE WÄHLER LEHNEN STÄRKUNGSPAKETGESETZ AB

Das Land will mit dem Stärkungspakt den finanziell besonders belasteten Gemeinden Hilfe durch ein Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung anbieten. Die Finanzierung des Gesetzes soll zum einen aus zusätzlichen Mitteln des Landes zum anderen aus Komplementärmitteln der Kommunen erfolgen. Der Vorstoß der rot-grünen Landesregierung - mit Unterstützung der Landtags-FDP - sorgt nun landesweit für Proteste und Klagen gegen das Land.

Auch die **FREIEN WÄHLER** wenden sich mit Resolutionen an den Minister für Inneres und Kommunales, Ralf Jäger. Sie fordern Korrekturen bei der sogenannten Abundanzumlage. Mit dem auch als `Stärkungspaket Städtefinanzen` bekannt gewordenen Finanzmodell sollen ab 2014 finanzstarke Kommunen zu einem Solidarbeitrag verpflichtet werden. Wer also dank der eigenen guten Finanzsituation keine Schlüsselzuweisungen vom Land bekommt, soll die so genannte „Abundanzumlage“ zahlen. *(Als abundante Kommunen bezeichnet man diejenigen, die keine Schlüsselzuweisungen vom Land bekommen, weil sie über ausreichend Steuereinnahmen verfügen).*

„Der Gesetzesentwurf ist nicht dazu geeignet, die Finanzprobleme der Kommunen zu lösen und führe nur dazu, dass Kommunen, die finanziell ausgeglichen sind, in die Haushaltssicherung, und binnen fünf Jahren zu Stellen- und Aufgabenabbau zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen gezwungen sind“, kritisiert **Rüdiger Krentz**, Vorsitzender der Landesvereinigung **FREIEN WÄHLER NRW**. Der Vorsitzende teilt somit auch die Auffassung der Wähler Gemeinschaften im Lande, die sich mit einer Resolution an die Landesregierung und die Landtagsfraktionen wenden.

Die in der Landesverfassung vorgeschriebene Selbstverwaltungsgarantie werde damit de facto ausgehebelt. Eine kommunale Selbstverwaltung sei nur dann garantiert, wenn die Räte aufgrund entsprechender Finanzausstattung der Kommunen eigene Gestaltungsmöglichkeiten hätten. Dies sei bei den Kommunen, welche aufgrund ihrer Haushaltsprobleme bereits jetzt unter Staatsaufsicht stehen, nicht mehr gegeben. Daraus resultiere, dass es in NRW keine kommunale Selbstverwaltung mehr geben werde, heißt es in einer Resolution der **FREIEN WÄHLER**.

Berichten zufolge sei die dem Gesetz zugrunde liegenden Finanzdaten jedoch überholt. So gehe es bei den 34 überschuldeten Kommunen nicht mehr nur um 610 Millionen, sondern bereits um mehr als 1,4 Milliarden Euro Defizit. Die Konsolidierungshilfen des Landes in Höhe von jährlich 350 Millionen Euro reichten da bei Weitem nicht aus.

„Wir sind zwar dafür, dass klammen Kommunen finanziell unter die Arme gegriffen wird, aber wir sind dagegen, Missmanagement zu belohnen und einem Gesetzesentwurf zuzustimmen, der bestens dazu geeignet ist, weitere Kommunen ausbluten zu lassen. Man könnte auch sagen: „einem Patienten zu helfen, um selbst einer zu werden. Denn sollte das Gesetz Rechtskraft erlangen, werden alle Leistungen und Einrichtungen der Gemeinden, für die es keine gesetzliche Verpflichtung gibt, auf den Prüfstand landen. Infrastrukturen und Einrichtungen müssten notfalls geschlossen werden, damit einige wenige Kommunen ihre Rechnungen zahlen können. Auch gesetzliche Leistungen und soziale Einrichtungen könnten infrage gestellt werden. Daher ist das vorgelegte Stärkungspaktgesetz mit aller Konsequenz abzulehnen“, so **Rüdiger Krentz** abschließend.

Unrealistisch und unausgereift

Selbst die Juristen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages halten das Vorhaben der NRW-Landesregierung für rechtswidrig. Nach ihrer Ansicht sei es nicht zulässig, zweckgebundene Gelder nicht wie vorgesehen, sondern für die Sanierung verschuldeter Kommunen zu verwenden, heißt es in einer Pressemeldung. Finanzexperten aus NRW und aller Couleur stufen die mit dem Stärkungspakt verbundene Zielsetzung der Landesregierung als unrealistisch und nicht ausgereift ein, da der Gesetzentwurf die Kommunen mit ausgeglichenem Finanzstatus eher in eine Notlage bringe. Der Gesetzentwurf wird zeitgleich mit dem Haushalt 2012 im Dezember in den Landtag eingebracht.